



metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg

Nr. 3 - 7. Mai 2009

Aktionswoche der IG Metall Baden-Württemberg: Gegen Entlassungen in der Krise

Jetzt Flagge zeigen!

ARBEITSPLÄTZE SICHERN
PERSPEKTIVEN BIETEN
GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN

Die Krise hat die Metall- und Elektroindustrie voll erfasst. Geht es nach Arbeitgebern und Banken, sollen die Beschäftigten die Suppe auslöffeln, die wildes Spekulantentum und die Gier nach immer höheren Renditen uns eingebrockt haben.

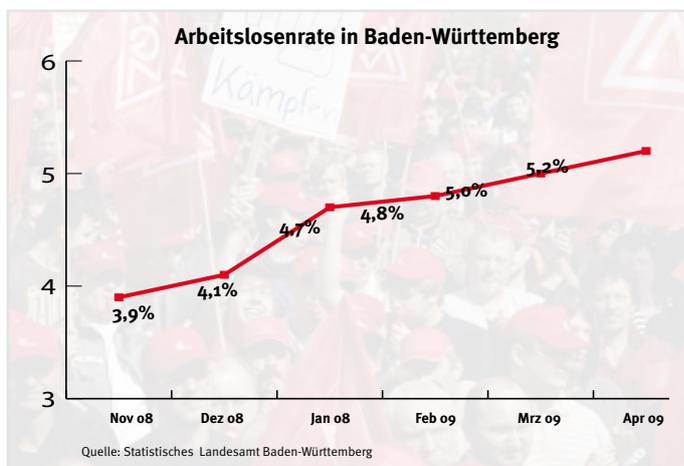
Für die IG Metall steht die Sicherung von Beschäftigung an oberster Stelle. 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden. Alle Instrumente müssen ausgereizt werden, um Arbeitsplätze zu halten. Aber immer mehr Unternehmen denken inzwischen laut über so genannte „strukturelle Anpassungen“

nach, was nichts anderes als einen radikalen Stellenabbau bedeutet. Dort wo dies verhindert werden kann, gelingt dies oft nur mit Opfern bei Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Wir sagen: Es kann nicht sein, dass den Banken und Unternehmen Milliardenhilfen zukommen, während die Opfer der Krise keinen ausreichenden sozialen Schutz haben.

Wir halten dagegen!

Mit regionalen Aktionstagen der 27 Verwaltungsstellen im Bezirk soll zwischen 11. und 15. Mai in



ganz Baden-Württemberg ein deutliches Signal gegen Stellenabbau und gegen das Verlagern

der Krisenfolgen auf die Schultern der Beschäftigten gesetzt werden. **Deshalb mitmachen!**



Warum ruft die IG Metall zu dieser Aktionswoche auf?

Jörg Hofmann: Weil die Beschäftigten in diesem Land eine Stimme brauchen. Und die wird nur gehört, wenn wir sie mit großer Beteiligung öffentlich artikulieren. Vor lauter Schutzschirmen sieht man die Opfer dieser Krise fast nicht mehr. Sie finden sich heute schon in den Arbeitslosenzahlen: Leiharbeiter und Be-

fristete. Und absehbar unsere Jugend. Immer mehr Unternehmen wollen die Ausbildungsplätze kürzen. Wir brauchen daher gerade jetzt noch mehr Ausstiegsmöglichkeiten für Ältere, damit die Jugend eine Chance auf Ausbildung und einen erfolgreichen Berufsstart hat.

IG Metall Bezirksleiter Jörg Hofmann im Gespräch

»Die Beschäftigten im Land brauchen eine Stimme«

Und was ist mit den Stammbeschaftigten?

Sie kommen immer stärker unter Druck. Je länger die Krise dauert, umso mehr steigen die Versuche Entlassungen durchzusetzen. Da-

gegen wurden bis jetzt Kurzarbeit und andere beschäftigungssichernde Vereinbarungen und Tarifverträge erfolgreich eingesetzt. Daran gilt es weiter festzuhalten. Dass nun Banken und Anteilseigner die eigene Risikominimierung höher bewerten als das existentielle Risiko des Arbeitsplatzver-

Gibt es Chancen auf politische Änderungen?

Ich bin überzeugt: Ja! Gerade im Wahljahr 2009, wenn wir die Stimme der Beschäftigten deutlich erheben. Tun wir das nicht, läuft dieses Land Gefahr, dass nicht die notwendigen Konse-

lustes Tausender Beschäftigter ist ein gesellschaftlicher Skandal. Das muss angeprangert werden. Außerdem wird deutlich, dass mehr Mitbestimmung der Beschäftigten im wirtschaftlichen Handeln dringend geboten ist.

quenzen aus der Krise gezogen werden. Das gilt für die dringend notwendige Neuregulierung der Finanzmärkte, aber auch für den Arbeitsmarkt. Ein „Weiter so“ können und werden wir nicht akzeptieren.

Warum der Protest notwendig ist

Viele Unternehmen schlittern immer tiefer in die Krise und damit in die Verlustzone. Als Reaktion wollen sie Personal entlassen. Ist das der richtige Ansatz?

Nein! Es findet sich nirgendwo ein verbrieftes Grundrecht auf eine schwarze Null in der Bilanz. Dagegen verpflichtet Eigentum laut Grundgesetz dem Allgemeinwohl zu dienen.

Wir fordern: Substantielle Eigenbeiträge der Eigentümer und Manager, um Entlassungen zu vermeiden.

Dies kann auch bedeuten nach Jahren explodierender Gewinne rote Zahlen zu schreiben.

Welche Rolle spielen derzeit die Banken?

Leider keine gute. Es häufen sich Berichte, wonach Banken und Anteilseigner Entlassungen zur Voraussetzung machen, um den Unternehmen eine ausreichende Finanzierung zu sichern. Es ist skandalös, wenn dieselben Banken, die mit Milliarden an Steuergeldern aus dem durch Gier und Maßlosigkeit selbstverursachten Debakel der internationalen Finanzmärkte gerettet wurden, Bedingungen zum Personalabbau diktieren wollen. Beschäftigte dürfen nicht mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht werden, nur damit Banken ihre Bilanzen sanieren können.

Wir fordern: Die Banken müssen die Finanzierung der Betriebe zu fairen Konditionen sicherstellen.

Reichen die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung aus, um durch die Krise zu kommen?

In den bisherigen Maßnahmenpaketen war viel Nötiges und Richtiges enthalten. Unter anderem wurde mit der Abwrackprämie eine Idee der IG Metall aufgegriffen, die sich jetzt zumindest als stabilisierendes Element auf die Wirtschaft auswirkt. Aber die Politik muss nachlegen.

Wir fordern: Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch staatliche Hilfen dort, wo der Mangel an Liquidität Betriebe und ganze Wertschöpfungsketten in ihrer Existenz bedroht.

Das schließt direkte staatliche Beteiligungen mit ein. Es ist unverständlich, dass das Engagement arabischer und chinesischer Staatsfonds an deutschen Unternehmen gefeiert, dagegen die Beteiligung des deutschen Staates zur Sicherung von Arbeitsplätzen verteuert wird.

Wir fordern: Eine deutliche Verbesserung der sozialen Absicherung der Beschäftigten in der Krise.

Ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm ist unverzicht-

bar. Es muss beinhalten:

- Verlängerung der Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld auf 24 Monate. Dies gilt auch für das Transferkurzarbeitergeld für Branchen mit Strukturproblemen

- Ausbau der Anreize zur Qualifizierung von Beschäftigten in Kurzarbeitsphase

- Erhalt der Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt, um Ausbildung und Übernahme zu sichern, z.B. durch die Weiterförderung der Altersteilzeit, oder auch der Möglichkeit mit 60 nach 40 Versicherungsjahren in die Rente zu gehen

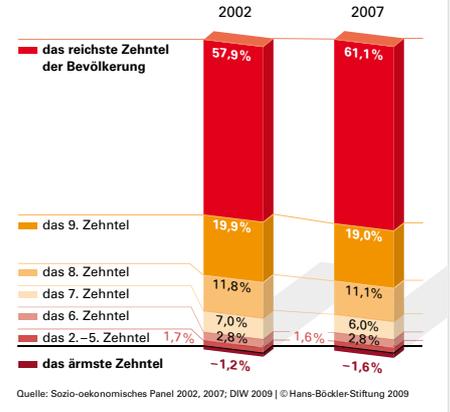
- Bessere Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit durch Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I um zwölf Monate, insbesondere für Ältere

- Schluss mit der Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse, wie etwa Leiharbeit, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Aber wer soll das bezahlen, etwa der Steuerzahler? Das trifft doch wieder nur die Arbeitnehmer?

Zuwachs beim obersten Zehntel

Vom individuellen Nettovermögen entfielen auf...



Schon heute ist die Verteilung der Steuerlast nicht ausgewogen. Wir meinen: Jetzt müssen zur Finanzierung der Mehrausgaben vor allem hohe Vermögen und Einkommen herangezogen werden, gerade um weitere Belastungen und ein Abwälzen der Krisenfolgen auf die abhängig Beschäftigten zu vermeiden.

Wir fordern: Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Zwangsanleihe für hohe Vermögen.

Eine solche Zwangsanleihe hat es übrigens in den 60er Jahren bereits gegeben. Sie wurde damals vom so genannten „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, dem CDU-Politiker und damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, eingeführt.

